

Zusammenarbeit mit Diktatoren zur Abschottung der Grenzen

Wolfgang Pomrehn
ist freier Journalist.



Nordafrikanische Kollaborateure europäischer Flüchtlingsabwehr

Seit Jahren werben europäische Politiker dafür, afrikanische Flüchtlinge nicht mehr nach Europa herein zulassen und statt dessen Lager für sie in Nordafrika zu bauen.

Großbritanniens Ex-Premier Tony Blair war einer der ersten, die mit derartigen Vorschlägen vorpreschten, deutsche Politiker wie der seinerzeitige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und der bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU) griffen die Idee begierig auf.

Bar jeder Skrupel konnte man es daher kaum abwarten, endlich mit Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi seinen Frieden zu machen, der bis vor kurzem noch für die EU- und NATO-Regierungen der Inbegriff des internationalen Terrors gewesen war.

Frontex in Libyen?

Die tragische Prozessfarce um die bulgarischen Krankenschwestern war im Sommer 2007 noch nicht vorüber, da meldete die EU-Kommission bereits, sie wolle ihren Grenzschutz Frontex auch in libysche Gewässer schicken und gar bei der „Sicherung“ der libyschen Südgrenze helfen. „Sicherung“ meint hier natürlich die Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge.

EU-Justizkommissar Franco Frattini kündigte Anfang Juli an, man denke an ein Satellitenüberwachungssystem. Außerdem soll Libyen Ausrüstung für den Umgang mit „illegalen Einwanderern“ und für deren Rückführung erhalten. Mit anderen Worten: Polizei und Grenzschutz des Landes sollen mit Technologie ausgestattet werden, mit der Jagd auf Grenzgänger gemacht werden kann und diese interniert werden können. Die lässt sich natürlich auch gut gegen die inländische Opposition einsetzen.

Wie rechtsstaatlich es in Libyen zugeht, konnte die europäische Öffentlichkeit zuletzt am Beispiel des Prozesses gegen fünf bulgarische Krankenschwestern und einen Arzt sehen, denen man mit einer fadenscheinigen Konstruktion eine

böswillige Aids-Infektion von 400 Kindern unterstellt und sie zum Tode verurteilt hatte. Mit afrikanischen Migranten wird man in dem Wüstenstaat sicherlich nicht besser umgehen. Libyen hat bisher nicht die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert, ist also nicht einmal formal an den völkerrechtlichen Schutz von Flüchtlingen gebunden.

Für die EU-Innenpolitiker scheint das alles jedoch kein Hindernis für eine enge Zusammenarbeit zu sein. Am liebsten würde man mit Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen gemeinsame Patrouillenfahrten in deren Hoheitsgewässern durchführen, um die Flüchtlinge möglichst früh abzufangen. Dann wäre ihnen nämlich die geringste Chance genommen, in einem europäischen Land Asyl zu beantragen.

Marokko: Transitland im Süden Europas

Unterdessen hat weiter im Westen in Marokko der europäische Druck auf die dortigen Behörden längst dazu geführt, dass diese rücksichtslos gegen afrikanische Flüchtlinge vorgehen. Für diese ist das Land meist ein Transit nach Europa. Allerdings führen hohe Arbeitslosigkeit und ein Mangel an Demokratie dazu, dass auch mancher Marokkaner sein Heil in Europa sucht. Entsprechend sind die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos, Überbleibsel der frühen Kolonialzeit, inzwischen mit einem schier unüberwindbaren System aus hohen Zäunen abgeschottet. Dennoch gelangten zum Beispiel 2006 auf Schleich-

MAGREB

wegen immer noch 644 Migranten nach Melilla, die Hälfte davon unbegleitete Minderjährige aus Marokko.

Im Sommer 2005 hatte es in Melilla einen Massenansturm auf die Zäune gegeben. Marokkanische Grenzsoldaten eröffneten schließlich das Feuer auf die Flüchtenden und schossen elf Menschen nieder. Heute steht auf marokkanischer Seite des dreifachen Zauns alle 100 Meter ein bewaffneter Posten. Trotz aggressiven Vorgehens von Soldaten und Polizei befinden sich in der Nachbarschaft von Melilla mehrere illegale Lager, in denen mehrere hundert Menschen auf eine Chance warten, irgendwie in die spanische Stadt zu gelangen. Eine Möglichkeit, legal einen Asylantrag für Spanien zu stellen, haben sie in den Lagern nicht.

7.000 Tote vor den Kanarischen Inseln

Die große Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten versucht ihr Glück jedoch auf dem Seeweg zu den Kanarischen Inseln. Repressionen in Marokko und verstärkte spanische Patrouillen in den Gewässern zwischen den Kanaren und Marokko haben inzwischen dazu geführt, dass die Fluchtwege länger und gefährlicher werden. Statt von Marokko starten heute viele der meist seeuntauglichen Flüchtlingsboote von westafrikanischen Küsten. 2006 waren auf der Überfahrt zu den Kanarischen Inseln nach Schätzung der spanische Organisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (Andalusische Menschenrechtsvereinigung) etwa 7.000 Menschen ertrunken.

Aber auch in Marokko stechen einige Verzweifelte weiter in See. In der Nacht vom 30. auf den 31. Juli diesen Jahres kam

es dabei in Laâyoune im Süden des Landes zu einem Vorfall, der ein bezeichnendes Licht auf den Umgang der dortigen Behörden mit Flüchtlingen und Migranten wirft. Polizisten schossen mehrere Menschen nieder, die das Land mit einem Boot verlassen wollten. Zwei starben, zwei weitere wurden schwer verletzt. Der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour berichtete im Juni nach einer Reise nach Marokko und Spanien, von einem Treffen mit marokkanischen Menschenrechtsorganisationen, darunter auch Caritas. Deren Vertreter hätten ihm erzählt, „dass es weiterhin regelmäßig zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen insbesondere seitens einzelner Polizisten und Soldaten kommt.“

Fliehende mit Hunden verfolgt

Ein anderes Beispiel dafür sind die Vorgänge der nordöstlichen Grenzstadt Oujda. Aus fast allen Regionen Marokkos werden Migranten dorthin geschafft und daran gehindert, in ihre vorherigen Wohnorte zurückzukehren. Die Region entwickelte sich zu einem großen Internierungslager unter freiem Himmel, berichten marokkanische Organisationen. Aber auch dort lässt man den Menschen keine Ruhe. Einige Tage vor den Schüssen von Laâyoune gab es auf dem Campus der Universität von Oujda eine große Razzia gegen Migranten und Flüchtlinge aus Ländern südlich der Sahara, die sich dort niedergelassen hatten. Zeugen berichteten, dass am Morgen des 26. Juli gegen vier Uhr morgens Polizei, Militär und Hilfskräfte die Migranten einkreisten und begannen, sie festzunehmen. Die Menschen wurden brutal mit Gürteln und Gummiknüppeln geschlagen, bevor man sie in Kleinbusse verfrachtete.

Fliehende wurden mit Hunden verfolgt. Anschließend fuhren Bulldozer über das Camp um alle Hinterlassenschaften zu zerstören. Die Festgenommenen wurden zunächst zum örtlichen Polizeikommissariat gebracht, wo man ihre Mobiltelefone beschlagnahmte, anschließend wurden sie in Polizeifahrzeuge geladen und aus der Stadt in Richtung algerischer Grenze gefahren. Unter den derart abgeschobenen Personen waren mindestens sechs Frauen und zwei Kinder, von denen eines nur vier Jahre alt ist.

Repression in Algerien

Auch in Algerien ist die Menschenrechtslage nicht besser, als im Nachbarland Marokko. Die Mitarbeiterin des Menschenrechtsvereins Algeria Watch, Salima Mellah, berichtete darüber kürzlich in einem Interview mit dem Internetmagazin german-foreign-policy.com: „Heute kann jede Art der Opposition, wenn sie sich islamisch artikuliert, mit dem Terrorismusverdacht verfolgt werden, und der Geheimdienst übernimmt diese Fälle. Die Betroffenen werden in Geheimdienstzentren verschleppt und dort gefoltert. Gewöhnlich bleiben sie mehrere Wochen oder sogar Monate ‚verschwinden‘ und landen dann im Gefängnis, müssen lange auf ihren Prozess warten und werden dann womöglich wegen „Unterstützung des Terrorismus“ zu Haftstrafen verurteilt. Es zeigt sich übrigens, dass oft Menschen wegen „Unterstützung des Terrorismus“ verfolgt und verurteilt werden, die sich organisieren, weil sie mit den sozialen Verhältnissen unzufrieden sind. Der Unmut in der Bevölkerung über die Lage in Algerien ist enorm, viele versuchen das Land zu verlassen, auf den bekannten kleinen Booten.“

Der Bundestagsabgeordnete Nouripour weist übrigens in seinem Bericht auch daraufhin, dass zwar seit mindestens zwei Jahrzehnten viel über die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern geredet werde, aber sehr wenig geschehe. Im Gegenteil: „Weiterhin zerstören europäische Kutter vor den Küsten Afrikas mit einer flächendeckenden, industriellen Fischerei die Lebensgrundlagen der (dortigen) Fischer.“

